

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Kohlepfennig - EG-Haushalt - EG-Agarpreise - Schuldenkrise - US-Geldpolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1987) : Kurz kommentiert: Kohlepfennig - EG-Haushalt - EG-Agarpreise - Schuldenkrise - US-Geldpolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 67, Iss. 3, pp. 113-114

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136253>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Kohlepfennig

Am Problem vorbei

Im vergangenen Jahr konnte die Bundesregierung einer parlamentarischen Debatte über die Kohlepolitik noch dadurch entgehen, daß sie den sogenannten Kohlepfennig nur auf durchschnittlich 4,5 % der Stromrechnung erhöhte, obwohl angesichts der großen Preisdifferenz zwischen deutscher Steinkohle und importierter Kohle bzw. importiertem Heizöl eine stärkere Anhebung notwendig gewesen wäre. Darüber aber mußte der Bundestag entscheiden. In diesem Jahr nun wird die Debatte doch stattfinden, denn nach den gerade getroffenen Koalitionsabsprachen soll die Zustimmung der Abgeordneten zu einer weiteren Erhöhung auf 6 bis 7 % eingeholt werden.

Gleichzeitig wurde grundsätzlich vereinbart, in Zukunft auch die Berechnungsmethode zu ändern. Die Bundesländer mit niedrigen Strompreisen, für die bisher höhere Abgabesätze galten als für Länder mit hohen Preisen, fordern eine Entlastung ihrer Stromverbraucher. Wie das Ergebnis der kommenden Auseinandersetzung um die regionale Verteilung des Kohlepfennigs auch ausfallen mag, die Diskussion geht am eigentlichen Problem vorbei. Denn es fehlte von Anfang an eine einleuchtende Begründung dafür, warum der Stromverbraucher und nicht der Steuerzahler zur Erhaltung der heimischen Steinkohlenförderung herangezogen wird, obwohl dabei beschäftigungs- und regionalpolitische Ziele im Vordergrund stehen.

Die Abschirmung des Inlandsmarktes gegenüber der Importkohle, die als Beitrag zur Versorgungssicherheit gedacht war, verursacht schließlich überaus hohe volkswirtschaftliche Kosten. Dennoch hat die Energiepolitik bisher kein Konzept entwickelt, das längerfristig die Kohlesubventionen überflüssig macht. Auch die Debatte um den Kohlepfennig wird allerdings kaum zu seiner Abschaffung führen – die entsprechende Forderung ist so alt wie der Kohlepfennig selbst – oder gar den Weg zu einer marktwirtschaftlichen Kohlepolitik freimachen.

km

EG-Haushalt

Schwere Geburt

Nach längerem budgetpolitischem Fingerhakeln zwischen Ministerrat und Europaparlament wurde für das Budget 1987 endlich ein Kompromiß gefunden, so daß die schon mehr als anderthalb Monate währende Haushaltsabwicklung nach dem Notregime der „Provisori-

schen Zwölfstel“ eingestellt werden konnte. Waren die beiden EG-Haushaltsinstitutionen vom volumenmäßigen Ansatz letztlich gar nicht mehr weit auseinander, so gab es doch noch Streit um grundsätzliche Positionen: Der Ministerrat war bei den nichtobligatorischen Mitteln nicht bereit, Steigerungen über den Höchstsatz von 8,1 %, wie sie sich aus Forderungen des Parlaments ergaben, zuzulassen. In dieser verzwickten Situation ersann dann aber irgendein moderner „Budget-Kolumbus“ die Patentlösung: Gefunden werden mußte ein ECU-Betrag, der einem Steigerungssatz von 8,149 % entsprach, gerundet nach üblichen Verfahren aber 8,1 % ergibt. Sowohl Parlament als auch Ministerrat sahen sich angesichts dieser Daten in ihren Positionen bestätigt. *Difficile est satiram non scribere!*

Auch wenn der EG-Haushalt 1987 endlich vorliegt, kann die Gemeinschaft nicht aufatmen. Schon seit mehreren Jahren reichen die Eigenmittel der EG nicht mehr zur Ausgabendeckung. Nur mühselig kam man durch allerlei Tricks über die Runden. 1987 dürften die Ausgaben wohl gut 8 Mrd. DM über den Eigeneinnahmen liegen. Der von der Kommission vorgeschlagenen Finanzreform, die die Lösung des Eigenmittelproblems mittelfristig bis Ende 1992 zum Ziel hat, wird sicherlich eine Übergangslösung in Form der Aufstockung des Mehrwertsteueranteils von 1,4 % auf 1,6 % vorangehen. Die „große“ Lösung wird wohl erst in der ersten Hälfte 1988 spruchreif werden – dann unter deutscher Präsidentschaft.

kr

EG-Agrarpreise

Geschickte Kommissionsstrategie

Das von der EG-Kommission geschnürte Agrarpreispaket wird vom deutschen Landwirtschaftsminister als „Kriegserklärung“ aufgefaßt, der niedersächsische Ministerpräsident spricht von Skandal. Das Paket sieht als wichtige Bestandteile bei den meisten Agrarprodukten ein Einfrieren, bei einigen auch Senkungen der Preise vor, einen Abbau des positiven deutschen Währungsausgleichs aus der Zeit vor 1984 und die Einführung einer Fettsteuer.

Die restriktive Preispolitik der Kommission entspricht konsequent der Konzeption ihres Grünbuches, das eine Hinführung zu einer stärker marktwirtschaftlich orientierten Ordnung postuliert. Auf dieser Linie liegt auch die Anfang März gegen die Stimme der Bundesrepublik beschlossene Möglichkeit einer temporären Aussetzung der Intervention bei Butter und Magermilchpulver.

Unverständlich ist, warum die Kommission den protektionistischen Vorschlag einer Fettsteuer aus der Mot-

tenkiste holt. Er paßt so gar nicht in das Bild einer „auf mehr Markt“ gerichteten Kommissionspolitik. Eher gilt das für die Forderung nach Abbau des bestehenden positiven deutschen Währungsausgleichs. Zwar impliziert dies Preissenkungen für die deutschen Bauern. Andererseits bedeuteten – was gern übersehen wird – DM-Aufwertungen in der Vergangenheit auch verbilligte Importinputs, also Kostenentlastungen für die Landwirte.

Möglicherweise ist die Einbeziehung von Fettsteuer und Währungsausgleich in das Preispaket auch nur ein geschicktes Manöver der Kommission. Durch Ausweitung der Verhandlungsmasse verbreitert sich das Feld der Kompromißmöglichkeiten. So könnten etwa die Preisvorschläge durch einen Verzicht auf Abschaffung des Währungsausgleichs und die Nichteinführung der Fettsteuer für die Bundesrepublik akzeptabler werden.

hk

Schuldenkrise

Brasiliens Botschaft

Ende Februar verkündete Staatspräsident Sarney dem brasilianischen Fernsehpublikum eine populäre Botschaft: Das Land werde bis auf weiteres alle Zinszahlungen auf seine mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Geschäftsbanken einstellen. Betroffen von diesem einseitigen Zinsmoratorium sind immerhin fast zwei Drittel der brasilianischen Auslandsverschuldung, d. h. ca. 70 Mrd. \$, auf die 1987 ca. 5,6 Mrd. \$ Zinsen zu zahlen wären.

Für die betroffenen Gläubiger kam das brasilianische Vorgehen wohl kaum überraschend – und dies nicht nur wegen der wachsenden binnenwirtschaftlichen Probleme des Landes und seiner seit Monaten rapide sinkenden Außenhandelsüberschüsse und Währungsreserven. Genügend Anlaß zum Eklat boten schon das Ausbleiben neuer Geschäftsbankenkredite und die Weigerung der Kreditgeber, die überaus großzügigen Konditionen der im letzten Herbst vereinbarten Mexiko-Umschuldung auf andere Schuldner zu übertragen. Insofern erweist sich das auf massiven Druck der USA zustande gekommene Mexiko-Paket, das seinerzeit als großer Erfolg gefeiert wurde, im nachhinein als Bumerang.

Der provozierende Schritt Brasiliens macht aber auch deutlich, daß die von IWF und anderen Beteiligten seit Jahren verkündete Weisheit, durch solide Wirtschaftspolitik und dementsprechend solide Wachstumsraten ließe sich die Verschuldungskrise auf Dauer meistern, nur die halbe Wahrheit ist. Wahr ist auch, daß ein souve-

räner Schuldner – unabhängig von seiner Wirtschaftslage – auf Dauer kaum bereit sein wird, seinen Schuldendienst pünktlich zu leisten, wenn das Volumen der Neukredite über längere Zeit hinter seinen Zins- und Tilgungsverpflichtungen zurückbleibt. In einer solchen Situation versteht es notfalls auch der unbegabteste Finanzminister, binnem kurzem eine Zahlungsbilanzkrise aus dem Hut zu zaubern. Das ist Brasiliens Botschaft an die Banken.

er

US-Geldpolitik

Kein Zielwert für M1

Der Offenmarktausschuß der US-Notenbank hat darauf verzichtet, für das Aggregat M1 eine Wachstumsvorgabe für das Jahr 1987 zu verkünden. Beibehalten wird das Zielkonzept für die Aggregate M2 und M3, für die eine moderat restriktive Linie in Aussicht gestellt wurde. Vorangegangen war im Jahre 1986 eine massive Zielüberschreitung von M1, die angesichts einer Expansionsrate von 15 % den Zielkorridor von 3-8 % weit verfehlte. Das Wachstum von M2 und M3 blieb dagegen knapp unterhalb der oberen Zielmarke von 9 %.

Die Zielüberschreitung bei M1 kann nicht als Beleg dafür herangezogen werden, Notenbanken könnten die mengenmäßige Geldversorgung gar nicht kontrollieren; der Hinweis auf vielfältige neue Depositenformen, die US-M1 (im Unterschied zum gleichnamigen deutschen Aggregat) enthält, ist aber nicht geeignet, die geldpolitische Entwicklung in den USA zu beschönigen. Schließlich sei nicht vergessen, daß die viermalige Senkung des US-Diskontsatzes in 1986 kaum als Versuch gewertet werden konnte, die monetäre Überexpansion unter Kontrolle zu bringen.

Ob die US-Geldpolitik eine „monetaristische“ Linie erst jetzt verlassen hat, sei dahingestellt. Fest steht jedoch, daß sich die US-Notenbank zu einem weiteren Schritt in Richtung Verzicht auf monetäre Disziplin hat verleiten lassen. Der volkswirtschaftliche Preis für diese geldpolitische Großzügigkeit ist bereits im Ansatz zu erkennen: nahezu zeitgleich mit der Meldung aus dem Fed verkündet die US-Statistik wieder steigende Inflationsraten. Wem die Kaufkraft der D-Mark näher liegt als jene des Dollars, dem drängt sich angesichts dieser Entwicklung in den USA die Frage auf, wie lange noch die Worte des Bundesbankpräsidenten Gültigkeit beanspruchen können, der zur Überschreitung des deutschen Geldmengenziels 1986 feststellte: „Die Glaubwürdigkeit der Bundesbank ist angesichts der erreichten Preisstabilität nicht gefährdet“.

fr